Betreff: Deutsche Position zu EU-Initiativen zur Bezeichnung von Fleischalternativen

Anrede,

derzeit wird auf europäischer Ebene über Vorschläge beraten, die gebräuchliche Produktbezeichnungen für pflanzliche Fleischalternativen erheblich einschränken würden. Betroffen wären unter anderem Bezeichnungen wie „pflanzlicher Speck“ oder „wie Hühnchen“. Aus dem EU-Parlament und einzelnen Mitgliedstaaten kommen sogar Forderungen, Bezeichnungen wie „pflanzlicher Burger“ oder „pflanzliches Steak“ künftig komplett zu verbieten. Es wird von entscheidender Bedeutung sein, wie sich die deutsche Bundesregierung gegenüber diesen Vorschlägen positioniert, und wir möchten Sie bitten, sich für den Erhalt von verbraucherfreundlichen Produktbezeichnungen auszusprechen.

Ein drohendes Verbot von alltagsnahen Bezeichnungen würde Verbraucherinnen und Verbrauchern die Orientierung erschweren und zugleich die heimische Wirtschaft massiv belasten. Gerade die wachsende Gruppe der Flexitarier ist auf klare, alltagsnahe Begriffe wie “pflanzliches Filet nach Hühnchenart” angewiesen, um Kaufentscheidungen bewusst treffen zu können. Unternehmen hingegen bräuchten im Fall eines Verbots enorme Ressourcen für eine Umstellung, die ihnen dann für Innovation und Investitionen fehlen.

Deutschland hat mit den 2024 überarbeiteten Leitsätzen der Lebensmittelbuch-Kommission einen tragfähigen Kompromiss geschaffen, der Verbraucherschutz, Transparenz und Rechtssicherheit vereint. Diesen Konsens gilt es zu bewahren – neue europäische Restriktionen würden die Wettbewerbsfähigkeit heimischer Unternehmen gefährden und Verbraucherrechte schwächen.

Wir möchten Sie daher herzlich bitten, sich gegenüber der deutschen Bundesregierung dafür einzusetzen, diese Vorschläge in den Verhandlungen mit den EU-Institutionen kategorisch abzulehnen und sich für den Erhalt der bewährten Bezeichnungspraxis auszusprechen. Eine solche Positionierung wäre im Einklang mit dem Koalitionsvertrag sowie mit dem kürzlich veröffentlichten WBAE-Gutachten.

Beigefügt finden Sie dazu einen gemeinsamen Brief, den unter anderem die wichtigsten deutschen Hersteller pflanzlicher Fleischalternativen sowie führende deutsche Handelsunternehmen mitgezeichnet haben. Das Schreiben haben wir in der vergangenen Woche an die Hausspitzen von BMLEH, BMWE und BMJV geschickt. Ferner finden Sie im Anhang ein Positionspapier, das einen vertiefenden Überblick über die aktuelle Debatte und ihre möglichen Auswirkungen verschafft.

Mit freundlichen Grüßen
Fabio Ziemßen

Vorstandsvorsitzender
Bundesverband für Alternative Proteinquellen e. V.